

Mit Helene Silmann im Studio. Guten Abend. Die SPÖ beschließt der Millionärs-Steuermodell mit Eigenheim-Ausnahme. Das Gesetzespaket für höhere Strafen und mehr Kinderschutz braucht noch. Das Urteil gegen Florian Teichmeister ist seit heute rechtskräftig. 16 Tote durch russische Raketen auf einen Markt in der Ostukraine nur Stunden nach einem Besuch von US-Außenminister

Blinken in Kiev. Strom- und Gas-Tarife jetzt überprüfen, rät die E-Kontrolle. Der Erdbeobachtungsdienst

Copernicus definiert 2023 als heißesten Sommer seit mehr als 80 Jahren. Schwere Schäden und Tote

nach den Unwettern in Südosteuropa in Österreich stattet die Regierung die Rettungsorganisationen wegen der Unwetter-Einsätze mit mehr Geld aus. Die FPÖ kritisiert das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands wegen der Erstellung des Rechtsextremismus-Berichts und die Rolling Stones

präsentieren nach 18 Jahren wieder ein Album. Die Journalpanorama Mittwochsrunde beschäftigt sich heute mit der Putsch-Serie in Afrika. Erster Programmpunkt im Abendjournal der Blick aufs Wetter mit Simon Kühldorfer. 29 Grad sind sich etwa in Innsbruck und Wien ausgegangen, warm für September, aber nicht ungewöhnlich. In den Bergen wurden jedoch neue Extreme verzeichnet. 21,5 Grad

auf der I-Alpe im 2300 Meter Höhe waren zwei Grad über dem bisherigen September-Rekord.

Der sonnige Wetter hält an, morgen ist es meist von früh bis spät sonnig, nur vereinzelt anfangs nebelig. Die Höchstärte 23 bis 30 in 2000 Meter bis etwa 23 Grad. Esbeösch von Andreas Barbler hat sich heute von den Parteigremien Grünes Licht für sein Erbschafts- und Vermögenssteuermodell geholt, offiziell ist von einem Millionärssteuermodell die Rede. Es wurde einstimmig beschlossen und

soll auch Koalitionsbedingungen sein. Um die Diskussion zu beenden, dass davon auch die sogenannten

kleinen Häuselbauer und deren Kinder betroffen wären, hat die SPÖ ihr Modell adaptiert und Eigenheime ausdrücklich von einer Besteuerung ausgenommen. Stefan Kappacher berichtet. Eigenheime, die als Hauptwohnsitz dienen, bleiben im SPÖ-Modell komplett aus der Besteuerung draußen bis zu einer Luxusgrenze von 1,5 Millionen Euro. Das ist neu. Esbeösch von Andreas Barbler.

Ganz wenig Superreiche, die ganz große Wildensee-Grundstücke und viele teure Immobilien haben, die werden davon betroffen sein. Wir gewinnen recht in der Frage. Und das Zweite ist, es gibt zusätzlich auch noch den Lebensfreibetrag von einer Million. Also man müsste dann zusammengezählt

bei 2,5 Millionen Landen und dann wird es sehr dünn in der Suppe, wenn man es tatsächlich trifft.

Die Gegner der Millionärsteuer könnten die Häuselbauer jetzt jedenfalls nicht mehr als Ausrede nehmen, sagt Barbler. Er beschreibt den Plan für die Vermögensteuer so.

In der Landwirtschaft sollen bis 150 Hektar Grund die Einheitswerte nicht angetastet werden, also keine Verteuerung für kleine und mittlere Bauern. Barbler hat bekräftigt, dass die Millionärsteuer Koalitionsbedingung sei, und zwar als Ganzes auf Substanz und auf Erbschaften. Vom Finanzvolumen und von der Wirksamkeit, damit man mehr Gerechtigkeit garantieren kann, dass diese Dinge, die mir wichtig sind, Kinderarmut zu besiegen, den Faktor Arbeit entlasten zu können,

wirksam für alte Arbeitengängern oder beispielsweise die Gesundheitsversorgung auch tatsächlich zu garantieren, brauchen wir gewisses Finanzvolumen. Vermögen jenseits von einer Million sollen jährlich mit 0,5 bis 2 Prozent besteuert werden, das allein soll fünf Milliarden Einnahmen bringen. Große Erbschaften ab 50 Millionen Euro will die SPÖ mit 50 Prozent besteuern. Der Teichmeisterprozess ist vorüber, das Urteil zwei Jahre auf Bewährung seit heute rechtskräftig die Staatsanwaltschaft verzichtet auf Rechtsmittel. Was bleibt ist der Plan der türkisgrünen Regierung, jene strenger zu bestrafen, die Bilder und Videos von Kindesmissbrauch besitzen, herstellen oder anbieten. Diese höheren Strafen sind Teil eines Maßnahmenpakets für mehr

Kinderschutz, das die Regierung Anfang des Jahres präsentiert hat. Mitte Mai war die Begutachtungsfrist zu Ende, mit einer Beschlussfassung im Parlament ist nun voraussichtlich im Herbst

zu rechnen. Berte Tomasowicz berichtet. Die Regierung, was sich überraschend schnell einig, wer sich in Österreich sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet ansieht, soll künftig schärfer bestraft werden. Wer zum Beispiel eine Vielzahl von kinderpornografischen Darstellungen konsumiert, muss mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren rechnen. Das Gesetz wurde Mitte Mai in die Begutachtung geschickt, seit er ist, zumindest laut ÖVP-Staatssekretärin Claudia Plakholm,

nicht viel passiert. Das Gesetz war bereits in Begutachtung und für mich ist es extrem vorläufig, dass die Justizministerin hier ihrer Verantwortung noch nicht nachgekommen ist. Gerade nach dem gestrigen Urteilen ist das für mich noch mal unverständlicher. Ein weiterer Punkt im Kinderschutzmaßnahmenpaket bezieht sich darauf, ob Sexualstraftäter weiterhin mit Kindern und Jugendlichen arbeiten dürfen. Weil derzeit dürfen Täter, wie beispielsweise auch der, der gestern verurteilt wurde, nach Tilgung ihrer Strafe auch wieder mit Kindern arbeiten und das ist kompletter. Ihr seht in meinen Augen, auch hier ist die Justizministerin in der Verantwortung. In einer schriftlichen Stellungnahme lässt Justizministerin Alma Sarditsch von den Grünen ausrichten, dass das Paket auf drei Säulen aufbaue. Zielgerichteter Kinderschutz, besserer Opferschutz und schärfere Strafen im Strafgesetzbuch. Im Bereich des Strafgesetzbuches liege ein begutachteter Entwurf vor, der im ersten Justizasschuss nach der Sommerpause beschlossen werden soll. Die höheren Strafen hätten übrigens im Teichmeisterprozess keine Auswirkungen gehabt,

selbst wenn das Kinderschutzgesetz noch vor dem Sommer beschlossen worden wäre, weil neue Gesetze nicht rückwirkend gelten. 18.06 Minuten ins Ausland. Bei einem der folgenschwersten

russischen Angriffe in der Ukraine in den vergangenen Monaten sind heute im Osten des Landes mindestens 16 Menschen getötet worden. In unmittelbare Nähe eines Marktes dürfte eine Rakete eingeschlagen haben. Der Angriff kam wenige Stunden nach dem US-Ausminister Anthony Blinken zu einem

unangekündigten Besuch in Kiew eingetroffen war. Ernst Kernmeier informiert. Eine schwere Explosion erschüttert den Markt in Kostjantinivka in der Ostukraine, 30 Kilometer von Bachmut. Unmittelbar danach bricht ein Feuer aus, zeigt eine Überwachungskamera. Menschen suchen in Panikschutz. Auf dem belebten Markt sterben mindestens 16 Menschen, sagt die ukrainische Regierung, mehr als 30 werden verletzt. Die endgültige Zahl der Opfer stehe er aber noch nicht fest, heißt es. Präsident Volody Mirselensky spricht von einem weiteren russischen Terrorakt.

Jeder, der die Stadt kennt, weiß, dass da nur zivile Einrichtungen getroffen wurden. Es gibt keinerlei militärische Ziele in der Nähe. Selensky dürfte heute noch mit US-Ausminister Anthony Blinken zusammen treffen, der am Vormittag zu einem zweitägigen Besuch nach Kiew gekommen ist.

Er versichert der Ukraine den weiteren Rückhalt der USA. Laut US-Medien wird Blinken eine Milliarde Dollar an Hilfgeld versprechen. Die USA haben der Ukraine seit Beginn der russischen Invasion im Februar letzten Jahres mehr als 75 Milliarden Dollar zugesagt, mehr als 60 Prozent davon für das Militär. Die schwächelnde Wirtschaft in Deutschland, die marode Infrastruktur, die schleppende Energiewende, das alles hat heute die Generaldebatte im Berliner Bundestag bestimmt. Das sinkende Wachstum und die wachsende Krisenstimmung nützt der Bundeskanzler Olaf Scholz von der SPD

dazu, der Opposition einen Schulterchluss vorzuschlagen. Sein Angebot, ein neuer Deutschland Pakt aus Berlin Andreas Pfeiffer. Dass doch Deutschland ein Ruck gehen sollte, wieder mal, ist eine Meinung, zu der sich heute auch dessen stets beschwichtigender Kanzler doch gerungen hat. Olaf Scholz will die Chefs und die Chefinnen der 16 Bundesländer und ausdrücklich auch die CDU dafür gewinnen, endlich zielgerichtete Bewegung in den Stillstand zu bringen. Und ich möchte ihn deshalb ein Pakt vorschlagen, sagen wir einen Deutschland Pakt. Ein Deutschland Pakt, der unser

Land schneller, moderner und sicherer macht. Tempo statt Stillstand, Handeln statt Aussitzen, Kooperation statt Streitereien. Bürokratie, Abbau, Digitalisierung und die Anwerbung ausländischer Fachkräfte sollten die Stoßrichtungen sein. Die solcher Art umworbene Opposition ist sich noch unschlüssig und beginnt, die Möglichkeiten einer noch restriktiveren Migrationspolitik auszuloten. Vorerst stellt aber auch CDU-Chef Friedrich Merz der Regierung ein schlechtes Zeugnis aus. Wir wollen nämlich den Menschen etwas zutrauen. Wir wollen sie zur Leistung und zur gemeinsamen

Gestaltung unseres Landes wirklich ermutigen und befähigen. Sie tun von fast alle dem genau das Gegenteil. Um den Pakt tatsächlich zu schmieden, müsste Olaf Scholz nicht nur die Reflexe der Konkurrenz, sondern auch den habituellen Streit in der eigenen Koalition befrieden. Eine Ruckrede hat er zuletzt zur Zeitenwende nach Kriegsbeginn in der Ukraine gehalten. Seither erscheint Deutschlands Veränderungstempo eher gemächlich. Die Regulierungsbehörde E-Kontrol rät Gas und Stromkunden sich vor der bevorstehenden Heizsaison über die jeweiligen Tarife zu informieren. Denn

beides dürfte teurer werden, ebenso wie Brennholz und Pellets. Max Nikols berichtet.

Derzeit liegt der Großhandelspreis für Strom bei etwa 10 Cent pro Kilowattstunde. Würde man heute

für den Winter kaufen, müsste man 15 Cent bezahlen. Beim Gas sind es 4 Cent derzeit bzw. etwa 6 Cent für den Winter. Es kann sich also auszahlen, jetzt noch schnell den Tarif zu wechseln, sagt Johannes Meier von der Regulierungsbehörde E-Kontrol. Derzeit kann man ja nicht davon ausgehen, dass die Preise am Großhandelsmarkt weiter sinken werden. Daher sollte man jedenfalls versuchen, noch vor der Heizsaison seine Preise zu überprüfen und notfalls eben einen anderen Lieferanten zu suchen. Auch wenn man Holz oder Pellets heizt, sollte sich rasch an einen Vorrat kümmern. Derzeit kostet laut Arbeiterkammer ein Raummeter Buchenholz 33 Zentimeter geschnitten,

zwischen 150 und 200 Euro. Eine Tonne Pellets zwischen 400 und 480 Euro. Diese Preise dürften

aber auch noch weiter steigen. Das Großhandelsunternehmen KSR Group mit Sitz in Gedersdorf im Bezirk Krems ist insolvent. Der Importeur und Verkäufer von zwei Reden und Quorz hat heute beim Landesgericht Krems ein Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung beantragt. Die Passiver betragen mehr als 120 Millionen Euro, heißt es vom Alpenländischen Kreditorenverband. Gerhard Eisinger berichtet. Von der Insolvenz betroffen sind 252 Gläubiger. Innen wird jetzt im Sanierungsverfahren die gesetzliche Mindestquote von 20 Prozent angeboten, zahlbar innerhalb von zwei Jahren. Betroffen sind aber auch 220 Beschäftigte des Unternehmens, 173 davon in Österreich, der Rest in Deutschland, Italien, Spanien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Nach eigenen Angaben ist die KSR Group mit mehr als 60.000 verkauften zwei-redrigen Fahrzeugen pro Jahr, einer der führenden Importeure in Europa. Die KSR Group habe während der Corona-Pandemie von 2020 bis 2022 zwar von einer verstärkten Nachfrage nach Motorrädern, Quorz und E-Bikes profitiert. Steigende Kosten, die Unsicherheit angesichts des Ukrainekrieges und das Auslaufen mancher Homeoffice-Regelungen, habe dann aber zu Absatzeinbußen geführt. Das Unternehmen soll fortgeführt werden, möglicherweise mit Unterstützung durch einen Investor.

Der Sommer 2023 war weltweit betrachtet der heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen. Das hat der EU-Ertbeobachtungsdienst Copernicus heute mitgeteilt. Im August war es demnach so warm wie noch nie zuvor in diesem Monat. Auch die Weltmeere verzeichnen Temperaturekade. Elke Ziegler berichtet.

16,77 Grad Celsius - so warm war es heuer in den Monaten Juni, Juli und August im weltweiten Durchschnitt. Dieser Wert liegt 0,66 Grad über den bisherigen Rekord im Jahr 2019. Der Sommer 2023 sei damit der heißeste bisher gemessene, wie Copernicus-Daten zeigen, die seit dem Jahr 1940 vorliegen. Besonders auffällig sei der Monat August, er war weltweit um 0,71 Grad wärmer als der Durchschnitt der letzten rund 30 Jahre. Und er liegt laut Copernicus-Analysen bereits 1,5 Grad Celsius über der Temperatur vor Beginn der Industrialisierung. Seit April haben sich außerdem die Weltmeere stark erwärmt. Im August hat Copernicus eine neue Oberflächenhöchsttemperatur von durchschnittlich 21 Grad Celsius verzeichnet. Das liegt im globalen Schnitt deutlich höher als die bisher gemessenen Werte. Meteorologen und Klimaforscherinnen machen immer wieder darauf aufmerksam, dass immer mehr Luftfeuchtigkeit in die Atmosphäre gelangt, wenn die Meere sich erwärmen, dass wiederum führe zu intensifere Niederschlägen und mehr Energie für tropische Wirbelstürme. In die Copernicus-Ergebnisse sind Milliarden Messdaten von Satelliten, Schiffen, Flugzeugen und Wetterstationen auf der ganzen Welt eingeflossen. Das lang zurückliegende Klima kann unter anderem aus Baumringern, Luftblasen in Gletschern und Korallen rekonstruiert werden.

Mehr als ein Dutzend tote, zahlreiche Verletzte und Vermisste so lautet, bis er die Bilanz der heftigen Unwetter in der Türkei, in Griechenland und Bulgarien, die Sachschäden sind enorm. Während die Regenfälle in der Türkei abgeklungen sind, rechnet man in Griechenland erst am Freitag mit dem Ende der Unwetter, so seine Never Club berichtet.

In einer Einkaufsstraße in Istanbul steht der Besitzer eines Möbelgeschäfts im Schlamm. Es war wirklich schlimm. Es hat Autos in die Geschäfte geschwemmt. Die ganze Ware ist verloren. Alle Läden dieser Straße sind betroffen. Von dem Disaster sagt Erkangourer. Nach Angaben der türkischen Behörden sind über 1.700 Wohnungen und Geschäfte in mehreren Stadtteilen von Istanbul beschädigt worden. Die Türkei meldet, dass durch die Unwetter bisher insgesamt fünf Menschen getötet wurden. Die Regenfälle haben hier aber immerhin aufgehört.

Weiterhin starke Regenfälle derzeit in Griechenland, in denen von den Unwettern besonders betroffenen Gebieten um Volos und auf der Ferieninsel Skiathos. Noch nie habe es so viel geregnet, melden die Behörden. Das Sturmtief Daniel hat bereits alle Rekorde seit Beginn der Wetteraufzeichnungen gebrochen und dabei Straßen in reißende Flüsse verwandelt, Brücken und Straßenteile weggeschwemmt, Strommasten umgerissen und Erdrutsche ausgelöst. Zwei Todesopfer, drei Vermisste, lautet die derzeitige Bilanz der Unwetterkatastrophe in Griechenland. Ein Ende des Regens ist erst für Freitag vorausgesagt. Betroffen von den Unwettern auch Bulgarien schwarzmeerküste im Süden des Landes. Der Fluss Verdecker trat über die Ufer. Auch hier wurden Brücken von den Wassermassen mitgerissen und Straßen beschädigt.

Drei Personen kamen bei den Unwettern im Bulgarien ums Leben. Drei weitere gelten noch als vermisst.

Auch in vielen Regionen Österreichs haben diesen Sommer unwetterschwere Schäden verursacht. Damit

Rettungsorganisationen für derartige Einsätze künftig besser gerüstet sind, sollen sie mehr Geld erhalten. Das hat die türkisgrüne Regierung heute im ersten Ministerrat nach der Sommerpause

beschlossen. Katja Adhofer informiert. Gerade die Ereignisse der letzten Wochen in Kärnten, der Steiermark und Tirol hätten erneut vor Augen geführt. Wie seh es auf professionelle Ausrüstung bei der Bewältigung solcher Situationen ankommen, heißt es im heutigen Ministerratsbeschluss. Nach mehr Millionen für die Feuerwehren stellt die Regierung deshalb jetzt auch zusätzliches Geld für Investitionen bei den Rettungsorganisationen zur Verfügung. Konkret 22 Millionen jährlich in den kommenden fünf Jahren, also insgesamt 110 Millionen Euro. Damit soll die Anschaffung von Ausrüstung und Ausstattung unterstützt werden. Der Großteil davon geht an die Rettungsorganisationen in den Bundesländern, kleinere Teile an die bundesweitagierenden Dachverbände und die Stärkung des Zivilschutzes und der Eigenvorsorge der Bevölkerung. Die Freiheitlichen kritisieren, dass das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands den neuen Rechtsextremismusbericht erstellt. Den Auftrag dazu hat das Innenministerium

erteilt. Während die Regierung so gegen Rechtsextremismus vorgehen will, kündigen die Freiheitlichen eine Herbstoffensive gegen Linksextremismus an. Mehr von Peter Daser. Der Rechtsextremismusbericht soll nächstes Jahr im Herbst vorgelegt werden und den Rechtsextremismus

in Österreich samt seiner internationalen Verbindungen darlegen. Die Freiheitlichen sehen beim Dokumentationsarchiv vor Eingenommenheit Generalsekretär Christian Hafenecker. Da müssen wir wirklich die Haare zu Berge stehen, denn es sind schlicht und ergreifend geheimdienstliche

Aufgaben, die hier von einem externen Verein vollzogen werden können oder sollen. Auch die Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst wird von den Freiheitlichen kritisiert wegen der Anzeige zum Video der FPÖ-Jugend. FPÖ-Witze-Klubupfrau Susanne Fürst verteidigt das Video und sagt, diese Schlagzeilen soll dann dazu führen, hier auch neue Mitglieder, junge Leute davon abzuhalten sozusagen, sich der freiheitlichen Jugend anzuschließen. Die Grünen wiederum verteidigen das Dokumentationsarchiv gegen Angriffe der FPÖ, auch die Sozialdemokraten, die vor einem Hoch an Rechtsextremen straffaten und einer Häufung von Waffen funden in dieser Szene warnen.

Dass sich Klimaaktivisten bei der Durchsuchung durch die Polizei nackt ausziehen müssen, ist rechtswidrig. Das hat das Verwaltungsgericht Wien nach einer Beschwerde eines Aktivisten der letzten Generation festgestellt. Ohne erkennbares Gefahrenpotenzial sei eine derartige Durchsuchung unverhältnismäßig. Der Anwalt des Klimaaktivisten zieht einen Präzedenzfall in der Merkenntnis. Die Klimaschützer begrüßen die Gerichtsentscheidung. Petra Pichler.

Ein 24-jähriger Klima-Demonstrant der letzten Generation war im Februar nach einer Blockadeaktion im Wiener Polizeianhaltezentrum gezwungen worden, zur Durchsuchung seine Unterwäsche auszuziehen.

Dagegen hatte der Aktivist Beschwerde eingelegt und nun beim Wiener Verwaltungsgericht recht bekommen.

Das stellte fest, dass das Vorgehen der Polizei rechtswidrig war. Clemens Lana, Anwalt des Aktivisten, sieht ein richtungsweisendes Urteil und eine wichtige Botschaft gerade an junge Leute, wenn euch ein Anliegen wichtig ist, dann könnt ihr dafür auf die Straße gehen, ohne dass euch droht, dass eure Menschenwürde verletzt wird und ihr so behandelt werdet, das hätte dir keine Grundrechte. Bei der Wiener Polizei heißt es auf Nachfrage, man habe das Urteil zur Kenntnis genommen und werde dagegen Rechtsmittel einlegen.

Nach längerer Zeit ist in Wien wieder eine illegale Teigtaschall-Produktion aufgefliegen. Das Marktamt hat 700 Kilogramm davon entdeckt. Die Betreiber werden wegen Mangeln der Hygienepedingungen

und Verstößen gegen das Werbericht angezeigt. Alfa Faber berichtet.

Die Teigtaschall wurden diesmal nicht in einer Wohnung, sondern in einem aufgelassenen asiatischen

Restaurant produziert, insgesamt rund 700 Kilogramm in den verschiedensten Geschmacksrichtungen.

Die hygienischen Bedingungen in dem Floridsdorfer Lokalwahn unzureichend, schildert Alexander Hengel vom Marktamt.

Wenn dort augenscheinlich schon länger nicht mehr gereinigt wurde, wenn dort nicht einmal eine Handwaschgelegenheit dabei ist, dann sprechen wir schon von gravierenden

Misständen. Die Teigtaschall wurden beschlagnahmt. Die beiden Produzenten müssen mit Anzeigen und

Strafen in der Höhe von mehreren 1000 Euro rechnen. In den letzten Jahren wurden immer wieder Produktionsstätten dieser Art in Wien aufgespürt. Die letzte Teigtaschallfabrik wurde vor über

einem

Jahr im März 2022 entdeckt. Damals wurden in Favoriten 300 Kilogramm Teigtaschall und mehrere Packungen mit verdorbenem Fleisch beschlagnahmt.

Mick Kief und Ronny Rofen und die Welt hört zu seit Tagen schon Fieberten nicht nur Fans der legendären Rolling Stones dem heutigen Nachmittag entgegen. Um 14.30 Uhr Londoner Zeit war es dann soweit. Begleitet von Moderator Jimmy Fallon kündigte die Band ihr erstes Album seit Blue & Lonesome aus dem Jahr 2016 an. Hackney Diamonds ist das erste Werk mit eigenen Stücken seit 18 Jahren und es ist das erste Stones-Album ohne Schlagzeuger Charlie Watts, auch wenn der noch zu hören sein wird.

Ganz in schwarz und cool wie immer so kündigten Mick Jagger, Keith Richards und Ronny Wood das 24. Studioalbum der Rolling Stones an. Hackney Diamonds will das heißen 12 neue Stücke enthalten und am 20. Oktober erscheinen, so Stones-Boss Mick Jagger.

Wir sind hier, um unser neues Single zu präsentieren, das ist called Angry. Das ist das erste Single von unserem neuen Album, Hackney Diamonds, das kommt im Oktober 2020. Das ist warum wir hier sind.

Der erste Single, Angry, rollt dahin und groovt wie die Stones in besten Zeiten.

Bei zwei Nummern ist der 2021 verstorbene Schlagzeuger Charlie Watts zu hören, den die Band sehr vermisst,

so Keith Richards. Neben dem früheren Stones-Bassisten Bill Wyman werden auf Hackney Diamonds auch Stevie

Wonder und Lady Gaga zu hören sein. David Baldinger über Hackney Diamonds, der Rolling Stones, ausführlich dann auch noch mal morgen im Morgenjournal. Jetzt die Nachrichten,

Rosanna Azara. Der SPÖ-Parteivorstand hat einstimmig kein Konzept für Erbschafts- und Vermögensteuern beschlossen. Eigenheime sind von der Besteuerung ausgenommen, genauso wie Vermögen

und Erbschaften bis zu einer Million. Das Steuermodell soll für die SPÖ künftig Koalitionsbedingungen sein.

Ein schwerer russischer Angriff hat sich in der ostukrainischen Stadt Kostjan Tynivka ereignet. Russische Bomben haben einen Marktplatz getroffen, nach ukrainischen Angaben sind mindestens 16 Menschen getötet worden. Darunter ein Kind, das gibt Dutzende Verletzte. Der europäische Gerichtshof hat eine Klage einer syrischen Flüchtlingsfamilie gegen Frontext zurückgewiesen. Die Familie hatte der Grenzschutzagentur vorgeworfen, dass ihr Asylantrag 2016 in Griechenland nicht geprüft worden sei, bevor sie von Frontext in die Türkei ausgeflogen wurde. Laut Gericht ist Frontext dafür aber nicht zuständig und daher auch nicht haftbar.

Die EU plant einen in der ganzen Union gültigen Behindertenausweis. Er soll Menschen mit Behinderung, Reisen vereinfachen, etwa was den Anspruch auf ermäßigten Gebühren oder persönliche Assistenz angeht. Österreichische Behindertenvertreter begrüßen den Vorschlag, nötig sein, aber auch verbindliche Vorgaben für echte Barrierefreiheit in allen Mitgliedstaaten. Die spanische Fußballspielerin Jennifer Hermoso hat Strafanzeige gegen Verbandspräsident Luis Rubiales erstattet. Damit kann die Staatsanwaltschaft weiter gegen Rubiales ermitteln. Rubiales wird sexuelle Nötigung vorgeworfen, er hat Hermoso bei der WMC-Gesährung ohne Einwilligung auf den Mund geküsst. Als Verbandchef ist Rubiales derzeit suspendiert.

Es läuft ein Disziplinarverfahren. In Wien dürfen Schanigärten künftig ganzjährig geöffnet bleiben. Meine separate Genehmigung ist nicht mehr nötig. Eine Regelung aus der Coronazeit wird damit fortgeführt. Darauf haben sich Stadt Wien und die Wirtschaftskammer Wien geeinigt. Immer mehr junge Menschen erkranken an Krebs. In den letzten 30 Jahren ist die Zahl

der Diagnosen bei unter 50-Jährigen von 1,8 Millionen auf 3,2 Millionen angestiegen. Das zeigt eine neue Studie, für die Daten aus mehr als 200 Ländern untersucht wurden. Vor allem Luftröhren und Prosta der Krebs haben demnach zugenommen. Das Wetter wird morgen überall sonnig, sehr oft sogar wolkenlos, nur vereinzelt, anfangs nebel. Vom Wiener Raum bis zum Inviertelteisleber auf der Ostwind, sonst wenig Wind. Es wird sommerlich warm bei 23 bis 30 Grad.

Barbara Schieder, Gerald Domian und Helene Seelmann sagen Danke für Interesse. Gleich 18.25. Weiter geht es mit Elisabeth Wasch und ihren Gästen.

Guten Abend und willkommen zu einer Mittwochsrunde.